

Basel, 04.07.2018

Medienmitteilung

Aargau schafft das «Unmögliche»

Im Kanton Aargau wird es ein eigenständiges Schulfach Politische Bildung geben. Die Initiative der Jungfreisinnigen Basel-Stadt (JFBS) fordert ein solches Schulfach in BS. Der Regierungsrat BS behauptete jedoch noch in seinem kürzlich erschienen Bericht zur Initiative, ein eigenständiges Fach sei mit dem Lehrplan 21 praktisch unvereinbar.

Der Kanton Aargau hat gestern mitgeteilt, es werde ab Sommer 2020 ein eigenständiges Schulfach eingeführt, das die politische Bildung zum Inhalt hat. Die JFBS sind erfreut darüber, dass der Kanton Aargau die immense Bedeutung der politischen Bildung erkannt hat und dieser gebührend Rechnung trägt. Ein entsprechendes Vorgehen des Kantons BS wäre wünschenswert. Die JFBS fordern den Regierungsrat auf, seine Position zu überdenken und spätestens jetzt ein Schulfach Politik in Basel-Stadt einzuführen.

Der Regierungsrat Basel-Stadt hat in seinem Bericht (17.1081.02) zur Initiative «JA zu einem Fach Politik» der Jungfreisinnigen Basel-Stadt argumentiert, der Kanton Basel-Stadt stünde bei einer Einführung eines eigenständigen Fachs völlig alleine dar. Dieses Argument gilt jedenfalls seit der Mitteilung aus dem Kanton Aargau nicht (mehr).

Ebenfalls kritisierte der Regierungsrat BS, die Einführung eines separaten Faches Politik stünde dem Entscheid des Erziehungsrats entgegen, der sich mit der Inkraftsetzung des Lehrplans 21 und der Stundentafel an die interkantonalen Empfehlungen gehalten habe.

Der Kanton Aargau zeigt nun deutlich, dass eine Stärkung der politischen Bildung auch im Rahmen des Lehrplans 21 möglich ist und einem diesen befürwortenden Entscheid nicht entgegenstehen muss.

Was die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern ist simpel und unmissverständlich: Ein obligatorisches Schulfach ‚Politik‘, das jeder Schüler in der obligatorischen Schulzeit während mindestens eines Jahres, eine Lektion pro Woche, besucht. Die politische Bildung wird ansonsten von den Lehrkräften hin und her geschoben und es ist möglich, dass dieses essenzielle Thema am Ende nicht genügend Beachtung findet.

Neben den politischen Grundlagen sollen mit dem neuen Schulfach auch aktuelle Themen diskutiert werden. Junge (oder auch erfahrenere) PolitikerInnen sollen für Podiumsdiskussionen eingeladen werden, im Schulzimmer soll klassenintern über aktuelle Themen und Abstimmungsvorlagen debattiert werden – die JFBS sind überzeugt, dass viele dieser Diskussionen nach Ende der Schulstunde weitergeführt werden und so die politische Bildung stärken.

Kontakt:

David Pavlu, Präsident, 076 426 98 06

Titus Hell, Vorstandsmitglied, 076 587 44 94